



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Der Tarifabschluß bei der Firma Wihl. Fiel in Augsburg. — Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission. — Feuilleton: Brüssel und seine Weltausstellung. (Schluß.) — Aus dem Genossenschaftsleben. — Korrespondenzen (Dessau, Dresden, Köln a. Rh., Mannheim-Ludwigshafen, Zwickau, Neurode i. Schl.). — Rundschau. — An die Zahlstellen-Vorstände. — Versammlungskalender. — Abwesenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeige.

## Der Tarifabschluß bei der Firma Wihl. Fiel in Augsburg.

Wenn man so oft aus den kleinen Provinzstädten davon spricht, daß die großen Druckorte sich mit Lohnbewegungen ganz besonders leicht tun, so bietet gerade Augsburg ein typisches Beispiel, was eine rührige Verwaltung mit einer gut disziplinierten Kollegenchaft auch in einer kleinen Stadt zu leisten imstande ist. In allen Druckereien, wo sich die Kollegenchaft bisher aufgeschwungen hat, unserem Verbands beizutreten, sind wir fortwährend von Erfolg zu Erfolg geschritten. Ist es uns vor kurzem erst gelungen, mit der Firma Burger nun zum dritten Male schon einen Tarif mit wesentlichen Verbesserungen für unsere Kollegen und Kolleginnen abzuschließen, so haben wir auch in der Firma Wihl. Fiel durch unsere am 1. Oktober eingereichte Tarifvorlage und der darauf gefolgten Verhandlung am 5. Oktober für unsere dortigen Mitglieder einen ganz respektablen Erfolg erzielt. Der nun seit zwei Jahren bestehende Tarif erreicht am 31. Dezember dieses Jahres sein Ende, ebenso der auch mit dem Buchbinderverband abgeschlossene Vertrag. Analog den Vorgängen in anderen Städten wurde auch hier ein gemeinschaftliches Zusammengehen vereinbart, die aufgestellten Forderungen gemeinschaftlich eingereicht und von den Gauleitern Albert Schmid unseres Verbandes und Fritz Kienle vom Buchbinderverband am 5. Oktober vertreten. Es darf dabei ganz besonders hervorgehoben werden, daß die Geschäftsinhaberin Frau Fiel in anerkannter Weise ein ziemlich großes Maß sozialpolitischer Einsicht bewies, das wesentlich mit dazu beitrug, die Verhandlungen zu erleichtern und einen friedlichen Abschluß zu erzielen. Erreicht wurde für die männlichen Arbeiter sowohl Buchbinder wie Hilfsarbeiter, eine wöchentliche Zulage von 3 bis 5 Mark, für die Arbeiterinnen eine solche von wöchentlich 1,50 bis 3 Mark bei Bezahlung der Feiertage. Die Akkordpreise für die Stickerarbeiten wurden um durchschnittlich 10 Prozent erhöht, bei Ueberstunden erhalten die Akkordarbeiter einen Extrazuschlag von 10 Pf., die im Wochenlohn stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen 30 Prozent Zuschlag. Als neue Bestimmung wurde eingeführt, daß neues Personal durch den Arbeitsnachweis der Organisation bezogen werden soll, außerdem wurde auch eine Urlaubsbegünstigung von 3 bis 6 Tagen je nach den Dienstjahren erzielt. Die dortige Kollegenchaft erklärte sich auch mit der getroffenen Vereinbarung einverstanden und versprach, so wie

bisher auch in Zukunft unverbrüchlich an der Organisation festzuhalten, damit auch nach Ablauf dieses Tarifes in 2½ Jahren ein weiterer Schritt nach vorwärts gemacht werden könne.

Wenn nach all diesen erreichten Verbesserungen durch den Verband es in Augsburg immer noch eine Anzahl von indifferenten Kollegen und Kolleginnen gibt, so haben diese absolut kein Recht, über schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu raisonnieren, sondern sie müssen, wenn sie auch nur einen Funken von Ehrlichkeit besitzen, zusehen, daß sie einen großen Teil ihres Glendes selbst verschulden, weil sie in ihrer grenzenlosen Gleichgültigkeit sich außer den Reichen ihrer organisierten Mitarbeiter und Arbeiterinnen stellen. Mögen doch gerade auch die Ertragschaften in der Firma Fiel den Indifferenten die Augen öffnen, daß nur durch einen festen Zusammenschluß in die ihre Interessen wahrhaft vertretenden Verbände eine Besserstellung ihrer Lage bringen kann. Zumal unsere Kollegen in den Zeitungsbetrieben in Augsburg, wo heute noch bei der fortwährenden Teuerung Löhne bezahlt werden, die dem eines chinesischen Kulis, nicht aber eines deutschen Arbeiters würdig sind. Folgen diese dem Beispiele der übrigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen und lassen sich nicht von gewissen Personen, die mehr die Interessen des Geldsackes wie die der Arbeiter im Auge haben, am Narrenseile führen, dann dürfte auch für sie der Zeitpunkt gekommen sein, bessere menschenwürdigere Verhältnisse zu haben.

A. Sch.

## Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat die Kommission bereits die meisten Bestimmungen erledigt. Auch in der Weiterberatung hielten die bürgerlichen Parteien unbedingt daran fest, alle höheren Ausgaben für die Versicherten zu vermeiden. Zu arge Verlegenheit kamen sie bei demjenigen Paragraphen, der das vollendete 70. Lebensjahr als den Zeitpunkt festsetzt, von dem an die Altersrente gewährt wird. Die Sozialdemokraten hatten nämlich beantragt, daß die Altersrente bereits nach vollendetem 65. Lebensjahre dem Versicherten zugestanden werden soll. Alle bürgerlichen Parteien hatten sich bei den früheren Verhandlungen für eine derartige Verbesserung der Invalidenversicherung ausgesprochen; gerade die Sozialdemokraten hatten hierauf nicht das entscheidende Gewicht gelegt. Für sie kam in erster Linie in Betracht, den Bezug der Invalidenrente zu erleichtern. Aus diesem Grunde hatten sie ja auch den Antrag eingebracht, daß die Invalidenrente demjenigen Versicherten gewährt werden soll, der die Hälfte seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat. Nachdem aber dieser Antrag abgelehnt worden war, und demnach auch in Zukunft erst derjenige Arbeiter Anspruch auf Invalidenrente haben wird, der noch nicht einmal ein Drittel seiner Arbeitsfähigkeit mehr besitzt, da hielten es auch die Sozialdemokraten für notwendig, wenigstens

den Arbeitern über 65 Jahren den Bezug einer Rente zu erleichtern und aus diesem Grunde haben sie diesen Rentnern den Anspruch auf die Altersrente gewähren wollen. Die Regierungsvertreter rechneten aus, daß eine derartige Verbesserung der Invalidenversicherung deren Ausgaben ganz bedeutend steigern würde und das genügt den bürgerlichen Parteien, nun im Widerspruch mit ihren bisherigen Versprechungen den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen. Dabei kam es zu einer sehr interessanten Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen und Regierungsvertretern auf der einen und den sozialdemokratischen Abgeordneten auf der anderen Seite. Die Sozialdemokraten hielten den Herren vor, daß sie ja sonst bei den Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik gar nicht so ängstlich seien, dem arbeitenden Volk noch viel schwerere Lasten aufzuerlegen als es bei der Verbesserung der Arbeiterversicherung geschehen sollte.

Darauf konnten selbstverständlich die bürgerlichen Parteien keine Antwort geben. Die Antwort hierauf müssen eben die Arbeiter bei der nächsten Reichstagswahl geben. Im weiteren bemühten sich die sozialdemokratischen Vertreter auch die Bezüge der Hinterbliebenen zu verbessern. Bekanntlich soll die Witwenrente nur denjenigen Witwen der Versicherten gewährt werden, die bereits invalide im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sind. Die Sozialdemokraten beantragten die Gewährung der Witwenrente an jede Witwe eines Versicherten. Sie wiesen darauf hin, daß durchaus nicht jede Witwe in der Lage ist, durch Erwerbsarbeit die Mittel für ihren Lebensunterhalt zu beschaffen, namentlich wenn mehrere Kinder vorhanden sind, die noch der Unterstützung bedürfen. Auch hier aber war für die bürgerlichen Parteien einzig und allein maßgebend, daß die Ausgaben für die Arbeiterversicherung nicht weiter erhöht werden können. Deshalb wurden die sozialdemokratischen Anträge sowohl auf Erhöhung der Witwenrente als auf Verbesserung der Waisenrente durchweg abgelehnt.

Wichtig waren dann die Verhandlungen über das Heilverfahren. Bekanntlich haben die Versicherungsanstalten das Recht, unter gewissen Umständen einen Versicherten in eine Heil- oder Erholungsanstalt zu schicken. Das können sie tun, wenn ein solches Heilverfahren notwendig erscheint, um eine vorhandene Invalidität des Versicherten wieder zu beseitigen, oder eine drohende Invalidität zu verhindern. Während nach dem geltenden Gesetz nur die unverheirateten Versicherten gezwungen waren, einer solchen Anweisung der Versicherungsanstalt in eine Heil- oder Erholungsanstalt Folge zu leisten, sollte dieser Zwang, in demselben Umfang wie es bei der Krankenversicherung bereits festgesetzt ist, auch auf die verheirateten Versicherten ausgedehnt werden. Dabei ist eine ganz ungenügende Versorgung der Familie des Versicherten vorgesehen. Die Versicherungsanstalten waren nur gezwungen, das halbe Krankengeld zu gewähren. Wenn schon nach dem geltenden

Gesetz die Versicherungsanstalten, obwohl sie dazu nicht gezwungen waren, aber aus Grund ihrer Erfahrungen von der ihnen eingeräumten Befugnis Gebrauch gemacht und die Familienunterstützung bis auf das Dreifache erhöht haben, so deshalb, weil sonst ein noch arbeitsfähiger Familienvater es nicht über das Herz bringen konnte, sich auf viele Wochen in eine Erholungsanstalt zu begeben und seine Familie mit der ganz ungenügenden Unterstützung im Stich zu lassen. Wenn die Versicherungsanstalten also das Heilverfahren bei verheirateten Versicherten überhaupt durchführen wollen, dann müssten sie den Familienvater durch eine höhere Rente veranlassen, der Aufforderung, sich in eine Heilanstalt zu begeben, nachzukommen. Daher verlangten die Sozialdemokraten, daß entweder der Zwang gestrichen, oder was sie für das Bessere erklärten, die Familienunterstützung viel höher angesetzt werde. Das Letztere wurde abgelehnt, daraufhin aber erreichten es die Sozialdemokraten, daß der Zwang in der Tat gestrichen wurde.

Gemeinden oder Gemeindeverbände können unter gewissen Umständen durch ihr Statut bestimmen, daß Renten bis zu zwei Dritteln nicht bar ausbezahlt, sondern in Sachen geleistet werden. Obgleich diese Bestimmung bisher sehr wenig angewendet worden ist, bestand die Regierung darauf, sie auch in die Reichsversicherungsordnung zu übernehmen, weil es doch Verhältnisse geben könnte, in denen eine derartige Unterstützung besser sei, als das bare Geld. Die Sozialdemokraten erreichten es, daß hier hinzugefügt wurde, daß die Sachleistung statt des baren Geldes nur mit Zustimmung des Berechtigten selbst zulässig ist.

Von großer Wichtigkeit sind die Bestimmungen über die Erneuerung der Anwartschaft auf die Leistungen der Versicherung. Der allgemeine Grundsatz für die Invalidenversicherung ist der, daß der Versicherte die Anwartschaft auf deren Leistungen verliert, wenn er innerhalb zweier Jahre weniger als 20 Wochenbeiträge entrichtet hat. Es soll aber den Versicherten möglichst erleichtert werden, den durch Verlust der Anwartschaft erlittenen Schaden wieder gutzumachen. Deshalb bestimmt das Gesetz, daß die Anwartschaft unter gewissen Umständen wieder auflebt. Das alte Gesetz unterschied hierbei, ob der Betreffende bereits 100 Marken als Versicherungsbeitrag geleistet hatte oder nicht. Wenn ja, dann erlangte er bei Erneuerung der

Versicherung die Anwartschaft wieder, sobald er 200 Wochenbeiträge entrichtet hatte. Das neue Gesetz beabsichtigte dagegen die Abänderung, daß nur der Zwangsversicherte das Recht haben sollte, die Versicherung zu erneuern. Ein Arbeiter z. B., der als Lehrling und Geselle die Marken für die Invalidenversicherung geleistet hatte, dann aber als selbständiger Meister durch Jahre das nicht getan und dadurch seine Anwartschaft auf die Leistungen verloren hatte, der sollte in Zukunft überhaupt gar nicht berechtigt sein, die Anwartschaft neu zu erwerben, wenn er nicht etwa wieder als Lohnarbeiter arbeiten würde. Die Sozialdemokraten bekämpften dies als eine Ungerechtheit, denn es gibt viele Fälle, daß ein Handwerker mit vollem Recht annehmen konnte, daß er bei seinem gutgehenden Geschäft gar nicht auf die minimalen Leistungen der Invalidenversicherung angewiesen sein würde, und daß diese Handwerker später in die traurigsten Verhältnisse gelangen und dann genau so der Invaliden-Altersrenten bedürftig sind, wie die Lohnarbeiter. Darum verlangten die Sozialdemokraten die Möglichkeit für den selbständigen Kleinunternehmer die Anwartschaft von neuem zu erwerben. Die Regierungsvertreter bekämpften diesen Vorschlag sehr entschieden, weil öfters gewisse Kleinmeister absichtlich viele Jahre hindurch keine Invalidenversicherungsbeiträge entrichtet hätten und erst im späteren Alter, wenn sie für die nächste Zukunft auf Invalidenrente rechnen müssen, die Versicherung wieder erneuern. Eine solche Ausbeutung der Versicherung auf Kosten der ärmsten Arbeiter müsse verhindert werden. Auch diese Möglichkeit hatte der sozialdemokratische Antrag berücksichtigt, indem er das Wiedererwerben der Anwartschaft davon abhängig machte, daß mindestens wieder 500 Beitragsmarken von den Kleinunternehmern geleistet werden, d. h. daß diese die Anwartschaft frühestens in zehn Jahren erlangen konnten. Bei einer so langen Zeit ist eine derartige Spekulation ausgeschlossen. Die Freisinnigen verlangten, daß in derartigen Fällen die Kleinunternehmer die Anwartschaft nach 200 Beitragswochen, also in vier Jahren erlangen sollen. Die Kommissionmehrheit lehnte jedoch beide Anträge ab; sie gab allerdings den Kleinunternehmern das Recht, die Versicherung zu erneuern, aber bedingungslos nur bis zum vollendeten 40. Lebensjahr. Nach Ueberstreichung dieses Alters soll die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur dann aufleben, wenn vor dem Erlöschen der

Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken geleistet wurden. Außerdem soll der Betreffende dann eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurücklegen, bevor er die Anwartschaft auf die Leistungen der Versicherung wieder erlangt hat. Es wird aber sehr häufig vorkommen, daß der Kleinmeister in früheren Jahren nicht 500 Marken geleistet, also 10 Jahre lang beigetragen hat, weil er sich früher selbständig machte. Viel schlimmer noch aber ist die von konservativen, national-liberalen und dem Zentrum aufgestellte Bedingung für Kleinmeister, die das 60. Lebensjahr vollendet haben; denn diese sollen die Versicherung nur dann erneuern können, wenn sie nicht weniger als 1000 Beitragsmarken verwendet hatten, d. h. nicht weniger als 20 Jahre lang beigetragen haben. Es ist bezeichnend, daß eine derartige Verhöhnung der Kleinmeister gerade von jenen beschlossen worden ist, die sich bei den Wahlen und sonstigen Gelegenheiten als die Retter des Mittelstandes vorstellten.

Bei der Festsetzung der Rentenbeträge hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß durchweg alle Posten für die Berechnung der Renten verdoppelt werden sollten, dementsprechend traten sie auch für die Verdoppelung der Beiträge ein. Sie wiesen nach, daß die jetzigen Leistungen der Versicherungen völlig ungenügende sind und daher oft genug die Armenpflege einsehen muß. Da sei es für die Arbeiter ein Fortschritt, wenn sie höhere Beiträge bezahlen, dafür aber auch eine einigermaßen auskömmliche Entschädigung erlangen. Bei allen Parteien fand dieser Antrag Widerspruch und immer wieder deshalb, weil dadurch unser Erwerbssleben zu sehr belastet werden würde. Die Sozialdemokraten machten darauf den Vorschlag, daß wenigstens die Beiträge und Leistungen in den höheren Lohnklassen gleichmäßig gesteigert werden sollten; denn sowohl nach dem geltenden Gesetz wie nach der Vorlage sind Beiträge und Leistungen für die Arbeiter der höheren Klassen verhältnismäßig geringer als für die Arbeiter der untersten Lohnklassen. Aber auch den Antrag, daß nur die Arbeiter der höheren Klassen mehr zahlen und dafür auch mehr erhalten sollen, lehnte die Mehrheit ab. Der einzige Erfolg dieser Bemühungen war der, daß das Zentrum die Hand dazu bot, wenigstens die Invalidenrente etwas zu erhöhen. Das Zentrum beantragte, daß dem Empfänger der Invalidenrente, der Kinder unter 14 Jahren habe, die Rente pro Kind um ein Zehntel erhöht werden soll, bis zum 1½fachen Betrag der Zu-

## Brüssel und seine Weltausstellung.

Klaudereien von Ad. Th.

### XII. Schlußbetrachtungen.

Hat man die Ausstellung endlich durchgesehen und zieht man das Fazit aus den unendlich vielen Darbietungen, so wird man in der Gewissheit besetzt, daß der Kapitalismus durch den Sozialismus abgelöst werden wird. Indirekt bedeutet eine solche Weltausstellung eine starke Aufreizung zum Klassenhaß, denn bei der Tatsache, daß alle die gewaltigen Fortschritte der Technik, alle die prächtigen Erfindungen, durch die das Leben aller Menschen leicht und angenehm gestaltet werden könnte, schließlich doch nur einem verschwindenden Bruchteil der Menschen zugute kommen, mag sich leicht die Faust ballen. Tritt dazu noch die Erwägung, daß alle die herrlichen Produkte der Industrien und der Kunst nicht dazu bestimmt sind, das allgemeine Kulturniveau zu heben, sondern daß alles in erster Linie erzeugt wird, um dem Besitzer der Produktionsmittel auf Kosten der produzierenden Arbeiter Riesengewinne zu verschaffen, so muß auch dem Dummsten einleuchten, welche nichtsnutzige Barbarei die heutige gottgewollte Staatsordnung ist.

Und noch ein anderer Gedanke steigt auf: Gleichviel, ob wir die unvergleichlich schönen Marmor- und Gipsstatuetten betrachten, die Italien und Griechenland zeigen oder die Web- und Wirkwaren vorarabischer Länder oder die Riesemaschinen mittel- und westeuropäischer Staaten oder die zierlichen Produkte Spaniens oder auch die praktischen Gebrauchsgegenstände Nordamerikas — überall sind es intelligente Männer und Frauen gewesen, deren fleißige

Hände die Waren erzeugt haben. Mag auch den Ingenieuren, Modelleuren und sonstigen Vorbedenkern und Vorarbeitern voll das ihnen zustehende Maß von Anerkennung zuteil werden, ohne die Intelligenz der Arbeiter würden sie nicht ihre Zeichnungen, Berechnungen und Ideen in die praktische Wirklichkeit übertragen können. Die geistigen Arbeiter in Gemeinschaft mit den schaffenden Proletariern sind es allein, die der fortschreitenden Kultur neue Bahnen brechen und den Weg ebnen. Der Kapitalismus spielt beiden gegenüber nur den Ramphyr. Er mäht sich ebenso vom Fleiß der Hände wie von der Kopfarbeit derer, die ihm fronen müssen. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Tatsache mit der Zeit allen Arbeitern in allen Ländern klar ins Bewußtsein steigt. Ist aber erst der unverschämliche Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital allen Proletariern zur Erkenntnis gekommen, wird das Kapital vom Arbeiter nicht mehr als Brotgeber sondern als Brotnefner beurteilt, also als das, was es wirklich ist, so ist nur noch ein Schritt bis zur weiteren Erkenntnis, daß das kapitalistische Joch abgestüttelt werden kann mit allen den staatlichen Einrichtungen, durch die das Kapital sich festklammert und sich tief eingegriffen hat in den Volkserwerb. Das „Erwache, Volk erwache“ das heute noch ein Mahn- und Wehruf ist, der unversandten an Millionen Proletariern vorbeiflingt, wird dann gehört und besorgt werden, und die Stunde wird geschlagen haben, in welcher der demokratische Sozialismus über den kapitalistischen Klassenstaat triumphiert.

Wenn Baugrund und Ackergerände keine Bodenrente mehr zu bringen brauchen, wenn alle Produkte der Industrien nicht mehr dem Kapitalprofit tributpflichtig sind, wenn alle technischen

Fortschritte ohne weiteres in allen Betrieben, je nach ihrer Art, zur Anwendung gelangen können, wenn demnach die Preise aller Produkte nur ihrem wirklichen Werte, also der in ihnen stekenden gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit entsprechen, dann wird eine völlig ausreichende Wohnung, mit allen technischen Fortschritten ausgestattet, jährlich nicht mehr zu kosten brauchen, als höchstens den Wert von hundert Arbeitsstunden, und die Ernährung, die Bekleidung, die Erneuerung und Verneuerung der Wirtschaftsgegenstände wird ebenfalls eine gegen die heutigen Verhältnisse lächerlich geringe Aufwendung erfordern, sodas das Arbeitsjahr nicht 300 Tage zu umfassen braucht, der Arbeitstag nicht zehn oder auch nur acht Stunden, und der Arbeiter nicht mehr schuften müssen, bis er sterben zusammenbricht, oder bis er arbeitsunfähig geworden ist. Dann erst wird auch der Arbeiter leben, und jeder Gesunde wird ein Arbeiter sein. Dann erst wird von wirklicher Kultur und von ununterbrochenem Kulturfortschritt die Rede sein können. Dann wird aber auch der Mensch ein ganz anderer Kerl werden; alle die Schwächen und Laster, die fortgesetzt Armut ebenso erzeugen wie endlosen Ueberfluß, werden den Menschen nicht mehr anhaften können. Schafft bessere Verhältnisse, und ihr werdet bessere Menschen haben. Beseitigt den Kapitalismus, und es wird weder Herren noch Knechte mehr geben, sondern nur noch Männer, Menschen.

So lösen die schrillen Disharmonien, die eine Weltausstellung in uns erwecken muß, letzten Endes doch freudige Gedanken aus, die uns über das hinausführen, was ist, und uns zeigen, was und wie es werden wird. Der Sozialismus wird siegen, weil er siegen muß.

validentrente. Diese Verbesserung ist allerdings sehr gering. Das Zentrum, das so freigebig ist bei den indirekten Steuern sowie bei den Ausgaben für Militär, Marine und Kolonialpolitik, hätte unbedingt für eine größere Erhöhung der Renten eintreten müssen, wenn es Rücksicht auf die Arbeiter genommen hätte. Die Sozialdemokratie trat immerhin für diese Erhöhung ein und so gelang es denn auch, den Arbeitern wenigstens diesen kleinen Fortschritt zu verschaffen.

Erfreulich ist der Erfolg der Sozialdemokraten bei der Bestimmung, die sich auf die Entziehung der Invalidenrente bezieht, die nach dem geltenden Gesetz wie nach der Vorlage dann eintreten soll, wenn der Rentenempfänger infolge einer Veränderung in seinen Verhältnissen nicht mehr invalide ist. Auf Grund dieser Bestimmung ist Invaliden die Rente schon entzogen worden, wenn ein Arzt die Erwerbsfähigkeit etwas höher als auf ein Drittel einschätzte. Eine derartige Schätzung ist aber niemals genau zu machen und deshalb kommen hierbei die schlimmsten Ungerechtigkeiten vor. Die Sozialdemokraten beantragten daher, daß für die Rentenentziehung nur eine wesentliche Minderung in dem Zustand des Rentenbezieher's maßgebend sein kann. Dieser Antrag wurde angenommen und hoffentlich wird er in der Praxis jene sehr schweren Ungerechtigkeiten für die Zukunft verhindern.

### Aus dem Genossenschaftsleben.

In Hamburg tagte während der ersten Septembertage der achte Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes. Es war das erste Mal seit seinem Bestehen, daß er auf deutschem Boden abgehalten wurde, in seiner Bedeutung aber übertrifft er die meisten seiner Vorgänger. Er hat nämlich eine grundlegende Änderung des Bundesstatuts getroffen, welches vorher, durch ein Kompromiß entstanden, absolut nicht den Bedürfnissen entsprach und an einer ganzen Reihe von Mängeln litt. Die jetzt beschlossene Fassung des Statuts bedeutet einen großen Fortschritt über den bisherigen Zustand hinaus. Als Aufgaben des Bundes sind im neuen Statut festgesetzt: Propaganda und Feststellung der genossenschaftlichen Grundzüge und Methoden, Ausbreitung des Genossenschaftswesens in allen Ländern, die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bundesmitgliedern, Ausbildung der genossenschaftlichen Statistik, Auskunftsverteilung, Förderung der genossenschaftlichen Studien und der Handelsbeziehungen zwischen den genossenschaftlichen Organisationen der einzelnen Länder. Das neue Programm verspricht also nützliche, praktische Arbeit und vermeidet die Festslegung auf irgend welche Doktrinen. Neben der Statutberatung standen noch Vorträge über genossenschaftliche Themen auf der Tagesordnung, deren jeder einzelne einer eingehenden Besprechung bedürfte, die hier aber leider aus Platzmangel nicht stattfinden kann. Doch soll noch mitgeteilt werden, daß dem Bund über 900 Genossenschaften in 26 Ländern angehören, die etwa 4½ Millionen Mitglieder repräsentieren.

Ein Teil der zum Internationalen Genossenschaftskongress-Delegierten war geradewegs von Kopenhagen gekommen, wo der Internationale Sozialistenkongress getagt hatte. Dieser hatte sich eingehend mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt und eine Resolution angenommen des Inhalts, daß die Konsumgenossenschaften als selbständige Organisationen anzuerkennen sind, daß sie eine wirksame Waffe im Klassenkampf sein können und daß die Arbeiterklasse ein starkes Interesse daran hat, sich dieser Waffe zu bedienen. Der Kongress fordert deshalb aufs dringendste alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, tätige Mitglieder der Konsumgenossenschaften zu werden und zu bleiben.

Daß der Internationale Parteitag sich so offenkundig für die Propagierung der Konsumgenossenschaften ausgesprochen hatte, ist sicher nicht ohne Einfluß auf die Magdeburger Verhandlungen der deutschen sozialdemokratischen Partei geblieben, obwohl dort die Genossenschaftsfrage sicher nicht die Aufmerksamkeit erfuhr, welche sie verdient. Es war erklärlich, daß

nach den fürmischen Budgetdebatten mit ihrem Gewaltabschluß die Energie der Delegierten nachzulassen begann und die Zuhörer bei den folgenden Verhandlungen sich nicht mehr solche Strapazen zumuten wie die bei der Budgetdebatte, die sogar zu vereinzelt Dörmannschänfchen führten. Trotzdem gab es die einstimmige Annahme einer Resolution, welche die Nützlichkeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses anerkennt und die Genossinnen und Genossen auffordert, die im Geist der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.

Erfreulich für die Genossenschaftsbewegung ist der Umstand, daß sie sich von einer Partei anerkannt sieht, welche noch vor nicht allzu langer Zeit nur Hohn und Spott für sie übrig hatte und nur mit Geringschätzung auf sie herabblinnte, als sie sich dennoch bemerkbar machte. Dieses ehemals unbedeutende Ding hat sich also nun doch schon Anerkennung zu verschaffen gewußt, was vor allen Dingen daraus zu erklären ist, daß gewerkschaftlich organisierte und der sozialdemokratischen Partei zugehörige Mitglieder in großer Zahl den Konsumvereinen beitreten. Was wird die Folge dieser Beischlüsse sein? Nun, wenn die Worte zu Taten werden, dann muß ja für die Konsumgenossenschaften die Zeit der prangendsten Blüte gekommen sein, die Mitgliederzahlen werden ins Ungeheuerliche anschwellen und — vielleicht — werden die Umfänge in nicht zu großem Abstand folgen. „Tätige Mitglieder“ — es kommt darauf an, wie es verstanden wird, die Genossenschaftler verstehen darunter solche, die ihren Bedarf im Konsum-Verein decken, ihre Spargroschen ihm zur Bewahrung und Verzinsung anvertrauen und alle sonstigen Einrichtungen der Genossenschaft nach Kräften benutzen — doch es gibt auch solche „tätige Mitglieder“, welche dies als Nebenfache betrachten und vielleicht der Ausübung kaum für wert halten, wohingegen sie durch „energisches Auftreten gegen die Verwaltung und gegen den eingekeimten Eselndrian und gegen die bodenlosen Bummelleien“ und wie die Schlagwörter sonst noch lauten, in ein gutes Licht zu setzen befreit sind. Und schließlich wird das dann noch „die Genossenschaft mit sozialem Geist durchbringen“ genannt.

Aber die Genossenschaftsbewegung hat eine gesunde Konfidenz, und so wie der kräftige Körper Schädlichkeiten eine ganze Zeit ertragen kann und, wenn sie ihm zuviel werden, gegen sie kämpft und sie herausstreibt, so wird es auch die Genossenschaftsbewegung tun. Es kann und soll nicht bestritten werden, daß die Genossenschaften auch so manchen inneren Feind zu bekämpfen haben, worunter der oft genannte Dividendenhunger mancher Mitglieder wohl der schlimmste ist, aber das Genossenschaftsleben wirkt in hohem Grade erzieherisch und es wird mit der Zeit auch der inneren Feinde Herr werden; dies ist die Vorbedingung für das siegreiche Vordringen der Genossenschaftsbewegung gegen den Kapitalismus. Gert.

### Korrespondenzen.

Dessau. In der am 12. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung konnte konstatiert werden, daß, nach den fruchtlosen Versuchen früherer Jahre die Kollegenschaft Dessaus für die Organisation zu gewinnen, es uns jetzt möglich geworden, bereits 40 Prozent der hier beschäftigten Kollegen und Kolleginnen dem Verbande als Mitglieder zuzuführen. Durch das Verschalten verschiedener Firmeninhaber ist sich die Kollegenschaft bewußt geworden, daß der einzelne nichts ist, und nur die geschlossene Masse achtungsgiebigem im Wirtschaftslieben auftreten kann. So war es zu verstehen, daß die Arbeit der eingesetzten Agitationskommission sehr bald von Erfolg gekrönt war, jedoch wir heute eine verhältnismäßig statische Mitgliederzahl im Verbande vereinigt haben. Dieser Erfolg aber muß uns ein Ansporn sein, immer mehr für die Ausbreitung der Organisation zu arbeiten, und jedes einzelne Mitglied muß es sich zur Pflicht machen, ein weiteres Mitglied zu gewinnen. Ueberall, wo sich Gelegenheit bietet, mit Kollegen oder Kolleginnen zusammen zu kommen, muß das Gespräch auf die Organisation gelenkt werden. Die mündliche Agitation bleibt immer noch die beste, vorausgesetzt, daß sie geschickt ohne jede Auf-

dringlichkeit angewendet wird. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Vorsitzender: S. Windt, Kassierer: P. Ehner, Schriftführerin: E. Lange, Revisorin: Kollegin M. Richter und Kollege Fr. Herrmann. Als Kartellbelegierter wurde G. Körtling gewählt.

Dresden. Am 5. Oktober fand im großen Volkshausaal unsere Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Paul Herrmann berichtete über die Verbandsstags-Verhandlungen in eingehender Weise. Seinen Ausführungen folgte die Versammlung mit lebhaftem Interesse. Vor allem wurde der Beschluß des Verbandsstages, die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auf tariflichem Wege vornehmen zu wollen, beifällig aufgenommen. In der anschließenden Debatte wurde besonders der Beschluß, die Gehalts-erhöhung betreffend, in Anbetracht unserer finanziellen Lage verurteilt. Von der Annahme einer diesbezüglichen Resolution wurde durch Uebergang zur Tagesordnung Abstand genommen. Die Beitragszerhöhung der 3. Klasse um 10 Pf. wurde als etwas zu hoch bezeichnet. Unter Gewerkschaftliches gibt Kollege P. Herrmann bekannt, daß einige Kolleginnen, welche während des Tarifkampfes wankelmütig geworden waren, wieder um Aufnahme in den Verband nachgesucht haben. Er schlägt vor, der Verwaltung das Recht einzuräumen, diesbezüglich fernerhin von Fall zu Fall entscheiden zu können, dem zugestimmt wurde. Ferner sollen Listen an die Vertrauensleute vorausgibt werden, in welche alle diejenigen Mitglieder sich einschreiben können, die ein Verbandsstags-Protokoll wünschen; es empfiehlt sich nun, daß hiervon reger Gebrauch gemacht wird. Für die Wintermonate hat die Verwaltung die Abhaltung von vier Vorträgen über die Arbeiter-Versicherungs-Gesetze beabsichtigt, welche Arbeiter-Sekretär Kollege Meinte übernimmt. Vorläufig ist der 8. November und 13. Dezember bei Adam hierfür bestimmt. Am 30. November findet in Gemeinschaft mit den Buchbindern im Rhytall-Palast ein Experimentall-Vortrag des Herrn Leo Erdich für Hypnose und Suggestion statt. Zum Schluß wird noch auf die am 30. Oktober bei Adam stattfindende Kirnmesfeier aufmerksam gemacht und um zahlreiche Beteiligung an allen Veranstaltungen des Verbandes ersucht.

Köln a. Rh. Am Sonntag, den 18. September, vormittags 11 Uhr, tagte im großen Saale des Friedrichsbad eine öffentliche Versammlung, in der unserer Einladung folgend, Kollege A. Schmid-München in dankenswerter Weise das Referat übernommen hatte. Auch die Kollegen Neumeier-München, sowie Dietrich und Werner-Stuttgart hatten, vom Bremer Verbands-tag kommend, unserer Zahlstelle einen Besuch abgestattet. Auch von Solingen waren einige Kollegen herbeigeeilt. Mit einer herzlichen Begrüßung unserer Gäste und der zahlreich erschienenen organisierten und unorganisierten Kollegenschaft, eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und erteilte Kollegen Schmid zu seinem Vortrage: Ist es möglich, auch dem Drucker-Hilfspersonal eine menschenwürdige Existenz zu verschaffen?, das Wort. Auf die Erlöse unserer Organisation hinweisend, die nur durch den festen Zusammenschluß der Kollegenschaft erreicht werden konnten, hob Kollege Schmid besonders hervor, daß auch die kölnische Kollegenschaft keinen anderen Weg gehen könne, als geschlossen den Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter beizutreten. Eine festgestellte Organisation ist und bleibt die beste Stütze zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie zur Abwehr von Verschlechterungen. Deshalb müsse es jeder Kollege und Kollegin, die es ernst meine mit der Verbesserung ihrer Lebenslage, als ihre vornehmste Pflicht betrachten, dem Verband nicht nur beizutreten, sondern auch mitzuhelfen an der weiteren Ausbreitung und Stärkung der Organisation. Wenn in diesem Sinne von der organisierten Kollegenschaft tatkräftig gewirkt werde, dann sei die Schaffung einer menschenwürdigen Existenz gar bald verwirklicht. Stürmischer Beifall lohnte dem Redner für seine 1½ stündigen inbaldreichen und interessanten Ausführungen. In der darauf folgenden Diskussion überbrachte Kollege Neumeier den Anwesenden die Grüße der Münchener Kollegenschaft, gleichzeitig bemerkte er, daß man in München die Entwicklung der Kölnener Zahlstelle mit großem Interesse verfolgte. Denn jeder Gewinn an neuen Mitkämpfern sei auch die ungeteilte Freude der Münchener. Diefelben Klagen, die die kölnische Kollegenschaft wegen der schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen erhebe, wären auch ehemals in München an der Tagesordnung gewesen. Aber mit der Entwicklung der Organisation sei diesen unwürdigen Zuständen ein für allemal ein Ende gemacht worden. Und

so sei denn auch die Münchener Kollegenschaft von Erfolg zu Erfolg geschritten, wobei selbst der „allgewaltige“ Unternehmerverband in München niedergerungen werden konnte, der wie ein Alp auf der graphischen Arbeiterschaft gelastet habe. Diese Erfolge gewerkschaftlicher Geschlossenheit müßte alle Kollegen zur vollsten Beschlüßfassung entschafen, was in der Stärkung des Verbandes seinen Wiederhall finden müßte. Er hoffe deshalb, daß auch in Köln die Organisation dermaßen erstarke, damit auch da besondere Verhältnisse erreicht werden könnten. Im selben Sinne sprachen noch die Kollegen Werner und Dittrich aus Stuttgart, die ganz besonders auf die früheren und jetzigen Lohnverhältnisse der dortigen Kollegenschaft hinwiesen, um ebenfalls den Anwesenden den Vorteil einer guten und stammigen Organisation vor Augen zu führen. Für die aufmunternden Worte der Redner sollte die Versammlung lebhaften Beifall. Mit um so größerer Freude nahm die Versammlung von den Mitteilungen des Kollegen Bell Kenntnis, daß nunmehr auch die Firma Du Mont-Schauberg die tarifmäßige Bezahlung der Überstunden anerkannt und für den 1. Januar 1911 an alle Hilfsarbeiter generelle Lohnzulagen versprochen habe. Näheres darüber soll in der nächsten Mitgliederversammlung berichtet werden. In einem kurzen aber kräftigen Schlusswort ermahnte Kollege Schmid die Kollegenschaft zur kräftigen Mitarbeit und regen Anteilnahme an den Veranlassungen der Organisation. Es dürfe nicht eher geruht werden, bis auch der letzte Mann der Organisation zugeführt wäre. Mit der Aufforderung, die interessanten Ausführungen und Anregungen des Referenten, sowie die der Diskussionsredner zu beherzigen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

**Mannheim-Ludwigshafen.** In der am 9. Oktober hier stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete Kollegin Stiefel ausführlichen Bericht über die auf dem 5. Verbandstage gefassten Beschlüsse zum Statut, wobei § 8 das meiste Interesse der anwesenden Kollegenschaft in Anspruch nahm. Sie wies auf die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung hin, einesteißs, um die bis jetzt bestehenden Unterstützungsfälle nicht kürzen zu müssen, andernteils einen Kampffond zu schaffen, der es ermöglicht, der bevorstehenden Tarifrevision ohne Bangen entgegenzutreten. Auch machte die Vorsitzende die Mitteilung, daß die Ortsverwaltung beschlossen hat, in sämtlichen Klassen die Beitragserhöhung eintreten zu lassen, wonach auch die erste Klasse 30 Pf. zu zahlen hat. Diese erhöhten 10 Pf. sollen der Ortsklasse verbleiben, und soll dafür ab 1. Januar 1911 kein Extra-Beitrag mehr erhoben werden. Im gleichen Sinne äußerte sich auch Kollegin Hagmann, außerdem stellte sie noch den Antrag, eine Sparrasse anzulegen, wonach die Kollegenschaft jede Woche eine Kleinigkeit für sich auf die Seite legen soll. Dieses Geld soll zur Extra-Unterstützung bei einem eventuellen Streit verwendet werden. Weiter macht Kollegin Hagmann den Vorschlag, betreffs der Beitragserhöhung ein Zirkular unter den Mitgliedern laufen zu lassen. Demgegenüber wies die Vorsitzende darauf hin, daß für alle Fälle ein Zirkular laufen muß, wie es bei der früheren Beitragserhöhung der Fall war. Wegen der erwähnten Sparrasse wird die Ortsverwaltung bis zur nächsten Versammlung eine Vorlage ausarbeiten. Der Vorschlag fand einstimmige Annahme. Unter Verschiedenem kam die Entlassung von zwei bei der Firma Koch lernenden Einlegerinnen zur Sprache. Die Kolleginnen, von denen die Reinigung der Spindnäpfe verlangt wurde, ekelten sich bei dieser Beschäftigung und wurden dann infolge ihrer Weigerung, diese Tätigkeit auch ferner auszuführen, wegen Gehorsamsverweigerung entlassen. Kollegin Stiefel wurde daraufhin bei Herrn Koch vorstellig, konnte aber auf gutem Wege kein Resultat erzielen und soll nach Wunsch der Versammlung die Sache an das Tarif-Schiedsgericht verwiesen werden. Betreffs der Arbeitslosen teilt Kollegin Stiefel mit, daß bei Arbeitslosigkeit die Betroffenen sich sofort im Nachweis zu melden haben; für nicht gemeldete Tage wird keine Unterstützung bezahlt. Kranke Mitglieder haben sich binnen drei Tagen zu melden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Zwidau.** Am Sonntag, den 9. Oktober, tagte hier eine öffentliche Versammlung für alle im graphischen Berufe tätigen Hilfspersonen. Man hätte meinen sollen, daß die Vorgänge der letzten Zeit im graphischen Berufe dazu angetan wären — und an Aufklärung auch dem hiesigen Hilfspersonal gegenüber, mündlich wie schriftlich, hat

es in der Tat wahrlich nicht gefehlt — und eine volle Versammlung zu bringen; weit gefehlt. Der Versammlungsbefuch ließ zu wünschen übrig. Als Referent war Kollege Herrmann-Dresden erschienen. Vor der Stuttgarter Tagung der Prinzipale ausgehend behandelte er in kurzen martianen Zügen die neuesten Ereignisse auf dem graphischen Stammpfelde. Den Kostgret des „kleinen Druckerbezugs“ aus Zwidau, veröffentlicht in Nr. 80 der „Zeitschrift“ der Buchdruckerprinzipale, nahm er besonders unter seine kritische Lupe. Kollege Herrmann skizzierte weiter die Beschlüsse von unserem letzten Verbandstag, auf die weiter einzugehen, weil sie ja genügend bekannt, wir nicht für notwendig halten. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Anderlet und Mehnert. Letzterer betont besonders, daß die Verwaltungspersonen am Orte nicht erlahmen werden; in der Agitation freilich rechnet die Ortsverwaltung dabei auch auf die Mithilfe der anderen Mitglieder und daran hat es bisher immer gefehlt. Bedauerlich sei, daß das Personal der Druckereien Förster u. Borries und Rich. Weinberger nicht dazu zu bewegen ist, die aberaumten Druckerwerbungen zu besuchen, es müßte hier von den einzelnen Kolleginnen mehr getan werden. Tatsache sei auch, daß die jungen Hilfsarbeiterinnen von den männlichen Personen weniger Vertrauen haben als zu den weiblichen. Dieses Feld zu beackern ist Pflicht sämtlicher Kolleginnen. Eine erfreuliche Tatsache sei, daß das Personal der Offizin Ullmann seinen Anschluß an die Organisation gefunden habe. Freilich sind es noch nicht alle, wir wünschen und hoffen, daß auch diese den Weg noch finden werden. Zeit ist es dazu, hohe Zeit. Die Mißstände in dieser Druckerlei sind geradezu standalös. Es ist dort keine Seltenheit mehr, daß Hilfsarbeiterinnen Steine aus den Maschinen mit herausnehmen müssen. Erst kürzlich verunglückte eine Hilfsarbeiterin dadurch, weil sie einen 60er Stein nicht mehr halten konnte. Und das Resultat dieser unerhörten Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft ist Einbüßung zweier Mittelfinger. — Wir werden uns vorbehalten, auf diese Einzelfälle in unserem Verbandsorgan noch besonders einzugehen.

**Neurode i. Schl.** Die Differenzen in den Berlin-Neuroder Kunstanstalten, Filiale Neurode i. Schl., sind durch Verhandlungen der Verbandsvorstände unseres Verbandes und des Senefelderbundes mit dem Generaldirektor beigelegt. Es wurden sowohl Lohnzulagen als auch eine Verfürung der Arbeitszeit bewilligt und in einem vierjährigen Vertrag festgelegt. Nähere Mitteilungen folgen.

### An die Bahnhellen-Vorstände!

Um rechtzeitig die Auflage des stenographischen Protokolls von den Verhandlungen des V. Verbandstages feststellen zu können, machen wir die Vorstände der Bahnhellen nochmals auf das Rundschreiben Nr. 1 aufmerksam und ersuchen um Angabe der benötigten Exemplare bis 30. Oktober d. J.

Der Verbands-Vorstand.

### Rundschau.

**h. Ein Jahr Schnapsbott.** Es ist ein Jahr her, daß der sozialdemokratische Parteitag zu Leipzig beschloß, dem Schnaps den Krieg zu erklären. „Die von der agrarisch-reaktionären Mehrheit des Reichstages beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil der durch die wahnstinnige Nüßungspolitik verursachten Einnahmen des Reichs den Schülern der Armen zu aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingenterungsolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweintrinker ein jährlicher Extraprofit von über 50 Millionen Mark zugeführt werden. Um dieser verbrecherischen Volksausbeutung zu begegnen, und zugleich dem durch den Branntweingenuß verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegen zu wirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuß zu vermeiden. Die Parteiorganisationen und die Parteipresse werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“ So lautete der Antrag, der auf dem Leipziger Parteitag unter braufendem Beifall und jubelndem Händeklatschen im Saal und auf der Galerie einstimmig angenommen wurde.

Es ist nun Zeit, einmal Nachprüfung zu halten, wie der Beschluß gewirkt hat, inwiefern

er wirksam geworden ist. Die Ziffern der Produktion, des Verbrauches und der Lagerbestände zeigen, daß der Parteitag nicht umsonst gerufen hat. Nach den jüngsten Ziffern, die überhaupt vorliegen — Monat August — ergibt sich das folgende Bild:

	in Hektoliter	+ oder -
im August 1909	1910	als 1908/09
Erzeugung	48 740 40 422	- 17,0 %
Trinkverbrauch	215 005 146 277	- 31,9 „
Gewerblicher Verbrauch	85 353 194 029	+ 56,9 „

So sieht das Bild im August aus. Es ist ein Monat geringer Produktion, der Verbrauch geht aus den Lagerbeständen ab. Der Trinkbranntweinconsum zeigt für den Monat, in dem die Vorversorgung sicher nur noch in geringem Maße zur Geltung kommt, einen Rückgang gegenüber derselben Zeit des Vorjahres, die rund 32 Prozent ausmacht.

Für die ganze Zeit vom 1. Oktober bis zum letzten August, also in elf Monaten 1909/10, ergibt sich das folgende Bild:

	in Hektoliter	+ oder -
11 Monate 1909/10	1909 1910	als 1908/09
Erzeugung	4 168 112 3 545 048	- 14,9 %
Trinkverbrauch	2 900 618 1 636 474	- 28,8 „
Gewerblicher Verbrauch	1 425 847 1 729 100	+ 21,2 „

Der Trinkbranntweinverbrauch ist demnach in elf Monaten um 664 144 Hektoliter oder 28,8 Prozent zurückgegangen! Aber nicht nur der Trinkbranntwein zeigt jetzt geringe Ziffern, der Schnapsbott hat auch die Alkoholproduktion selbst um 623 061 Hektoliter zurück gehen lassen. Das, was den Schnapsjunkten noch die letzte Rettung war, ist der stark gestiegene Verbrauch an Alkohol für gewerbliche Zwecke. Hier müssen die Arbeiter noch gründlich aufpassen, denn jetzt weisen schon Bekanntmachungen der Behörden darauf hin, daß die starke Steigerung an vergrößertem Alkohol mit darauf zurück zu führen ist, daß ihn gewissenlose Privatshnapsbrenner zu besonders scharfen und bitteren Schnapsen verwenden. Aber trotz dieser Einschränkung bleibt bestehen, daß der Ruf des Leipziger Parteitages nicht ungehört verhallt ist. Die Einnahmen aus den Schnapssteuern, die insgesamt am 1. April bis Ende Juli 1909 49,1 Millionen Mark betrugen, sind für dieselbe Zeit 1910 auf 42,3 Millionen Mark gesunken.

Arbeiter, denkt an den Schnapsbott, damit keine Resultate entscheidend für die deutschen Schnapsjunker und ihre amtliche Steuerfabrikantin, die deutsche Regierung, werden!

### Versammlungskalender.

Halle. Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8½ Uhr, im Engl. Hof Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Protokollverlesung. 2. Kartell-Bericht. 3. Bericht vom 5. Verbandstag. 4. Verschiedenes. Um ein recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

### Adressenveränderungen.

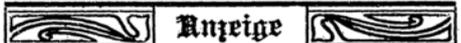
Brandenburg a. S. Vorsitzender: Otto Mustat, Hochstr. 3 III.

### Abrechnungen.

Das III. Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Uffenburg 81.—, Bauen 355.44, Breslau —, Dessau 58.57, Dortmund 17.76, Dresden 597.28, Erfurt 116.70, Königsberg 213.22, Kiel 48.70, Mülhausen 19.41, Zittau 47.06 Mk.

S. Loda hl.



**Achtung! Hamburg. Achtung!**  
Gemischter Chor „Solidarität“  
zu Hamburg von 1910

Die Gesangskunden finden jeden Mittwoch Abend präzis 9 Uhr im Lokal des Herrn Th. Woltmann, Fehlandstr. 15, statt.

Kollegen und Kolleginnen, die dem Gemischten Chor noch als aktive oder passive Mitglieder beitreten wollen, werden ersucht, sich persönlich zu melden.

Der Vorstand.